

# INHALTSÜBERSICHT

VORWORT .....	V
INHALTSVERZEICHNIS .....	IX
EINLEITUNG .....	1
§1. <i>Thema, Methode, Untersuchungsgang</i> .....	1
I. Entwicklungslinien des völkerrechtlichen Gewaltverbots .....	1
II. Drei methodologische Vorbemerkungen .....	5
III. Gang der Untersuchung .....	8
TEIL 1: LEGALITÄT .....	11
§2. <i>Grundzüge des ius contra bellum</i> .....	11
I. Vom <i>ius ad bellum</i> zum <i>ius contra bellum</i> .....	11
II. Grundzüge des <i>ius contra bellum</i> .....	21
§3. <i>Die Dynamik des ius contra bellum seit 1945</i> .....	28
I. Neue Akteure .....	30
II. Neue Technologien und Gefahren .....	45
III. Neue Wertvorstellungen .....	62
§4. <i>Die Rechtsquellen des ius contra bellum</i> .....	80
I. Zwei maßgebliche Rechtsquellen .....	81
II. Völkergewohnheitsrechtliche Grundlagen des Gewaltverbots .....	85
III. Vertragsrechtliche Grundlagen des Gewaltverbots .....	108
IV. Das Gewaltverbot als <i>ius cogens</i> .....	124
V. Zusammenspiel der Rechtsquellen .....	134
TEIL 2: ILLEGALITÄT .....	151
§5. <i>Zum Begriff völkerrechtlicher Illegalität</i> .....	151
I. Objektivistisches Illegalitätsverständnis .....	152
II. Relatives Illegalitätsverständnis .....	156
III. Legalität und Illegalität als Kontinuum .....	161
IV. Folgerungen zum Begriff der Illegalität .....	167
§6. <i>Compliance und Umstrittenheit von Normen</i> .....	175
I. (Il-)Legales Verhalten begünstigende Faktoren .....	175
II. Dynamisches Normverständnis und Umstrittenheit von Normen .....	185
III. Spannungen zwischen völker- und politikwissenschaftlichem Normverständnis .....	189

IV. Folgerungen aus den politikwissenschaftlichen Analysen .....	192
<b>TEIL 3: TYPOLOGIE DER ILLEGALITÄT .....</b>	<b>195</b>
§7. <i>Konflikt und Illegalität in der Rechtsanwendung</i> .....	198
I. Streit über die Anwendung bestehenden Rechts .....	198
II. Konkretisierung des Inhalts von Rechtsnormen .....	203
III. Bestätigung von Rechtsnormen .....	205
IV. Illegalität in Konflikten im Rahmen des Rechts .....	217
§8. <i>Notstand – Rechtsbruch im Einzelfall</i> .....	219
I. Rechtsbruch und Legitimitätsargumente in der Praxis .....	219
II. „Illegal, aber legitim“ .....	223
III. Exkulpation rechtswidrigen Gewalteinsatzes? .....	226
IV. Notstand und Illegalität: Rechtsfolgenlösung .....	240
§9. <i>Rechtsanwendung und Konflikte in den Grauzonen des Rechts</i> .....	243
I. Die Grauzonen des Rechts .....	244
II. Praxis der Erzeugung und Unterhaltung rechtlicher Grauzonen .....	248
III. Grauzonen zwischen integrativer Wirkung und Pathologie .....	259
IV. Illegalität in den Grauzonen des Rechts .....	262
§10. <i>Legislative Illegalität – Rechtsbruch zur Fortentwicklung des Rechts</i> .....	264
I. Staatspraxis des Rechtsbruchs zur Rechtsfortentwicklung .....	264
II. Völkerrechtsdogmatische Einordnung .....	269
III. Potenziale und Gefahren legislativer Illegalität .....	275
IV. Das Paradox legislativer Illegalität .....	280
§11. <i>Illegalität und Systemopposition</i> .....	283
I. Sozialistisches Völkerrecht .....	283
II. US-amerikanischer Exzessionalismus .....	296
III. Gegenwärtige Entwicklungen .....	307
IV. Illegalität, Systemopposition und die Integrationsfähigkeit des Rechts .....	313
§12. <i>Interventionen ohne Anrufung des Rechts</i> .....	318
I. Verdeckte militärische Interventionen .....	318
II. Offener Verzicht auf eine Anrufung des Rechts .....	327
III. Zynische Anrufung des Rechts .....	334
IV. Gefahr der allgemeinen Entrechtlichung .....	334
<b>TEIL 4: FOLGERUNGEN .....</b>	<b>337</b>
§13. <i>Völkerrechtsordnung und Völkerrechtsbruch – Folgerungen</i> .....	337
I. Die Ebenen des Konflikts um das Gewaltverbot .....	339
II. Objektivismus vs. Relativismus: Das überbewertete Problem der Unbestimmtheit des Rechts .....	347
III. Recht vs. Legitimität .....	359
IV. <i>Ius contra bellum quo vadis?</i> .....	370

TEIL 5: DAS GEWALTVERBOT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND . . . . .	377
§ 14. Das völkerrechtliche Gewaltverbot im Grundgesetz . . . . .	379
I. Artikel 26 Abs. 1 GG: Das Verbot des Angriffskriegs und unterstützender Handlungen . . . . .	381
II. Artikel 25 GG: Die Geltung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts .	385
III. Insbesondere Artikel 59 Abs. 2 GG: Die innerstaatliche Geltung von Völkervertragsrecht . . . . .	396
IV. Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit . . . . .	398
V. Frieden als Staatszielbestimmung . . . . .	401
§ 15. Regeln für Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .	405
I. Erforderlichkeit einer Einsatzermächtigung . . . . .	406
II. Einsätze im Rahmen gegenseitiger kollektiver Sicherheitssysteme, Artikel 24 Abs. 2 GG . . . . .	409
III. Einsätze zur Verteidigung, Artikel 87a Abs. 2 GG . . . . .	416
IV. Weitere Einsatzgrundlagen . . . . .	424
V. Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt . . . . .	425
§ 16. Bundesdeutsche Praxis im Lichte des völkerrechtlichen Gewaltverbots . . . . .	428
I. Rettung von Staatsangehörigen . . . . .	429
II. Sicherung von Menschenrechten (Kosovo 1999) . . . . .	434
III. Militäroperation gegen den internationalen Terrorismus . . . . .	439
IV. Unterstützung des Angriffskrieges von Drittstaaten . . . . .	447
V. Verbale Deklarationen, insbesondere Billigung völkerrechtswidriger Einsätze . . . . .	455
§ 17. Typen der Illegalität – Folgerungen im Hinblick auf die bунdesdeutsche Praxis . . . . .	457
I. Das grundsätzliche Verbot von Verstößen gegen das Gewaltverbot . .	457
II. Rechtsbruch zur Rechtsfortbildung unzulässig . . . . .	459
III. Rechtsbruch in Notstandssituationen . . . . .	462
IV. Umgang mit rechtlicher Unsicherheit (Anwendungsstreitigkeiten und Grauzonen des Rechts) . . . . .	463
V. Pflichten betreffend die Anrufung des Rechts . . . . .	468
§ 18. Rechtsschutz gegen Völkerrechtsverstöße . . . . .	471
I. Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	471
II. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz durch Individuen . . . . .	488
III. Strafrechtliche Verantwortlichkeit . . . . .	504
IV. Die Defizite des Rechtsschutzes und mögliche Abhilfe . . . . .	507
SCHLUSSBEMERKUNGEN . . . . .	519
LITERATURVERZEICHNIS . . . . .	523
SACHREGISTER . . . . .	571

# INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT .....	V
INHALTSÜBERSICHT .....	VII
EINLEITUNG .....	1
§1. <i>Thema, Methode, Untersuchungsgang</i> .....	1
I. Entwicklungslinien des völkerrechtlichen Gewaltverbots .....	1
II. Drei methodologische Vorbemerkungen .....	5
III. Gang der Untersuchung .....	8
TEIL 1: LEGALITÄT .....	11
§2. <i>Grundzüge des ius contra bellum</i> .....	11
I. Vom <i>ius ad bellum</i> zum <i>ius contra bellum</i> .....	11
II. Grundzüge des <i>ius contra bellum</i> .....	21
§3. <i>Die Dynamik des ius contra bellum seit 1945</i> .....	28
I. Neue Akteure .....	30
1. Antikoloniale Befreiungsbewegungen .....	30
2. Nichtstaatliche Akteure .....	37
II. Neue Technologien und Gefahren .....	45
1. Selbstverteidigungsrecht und Massenvernichtungswaffen .....	46
a) Vorgreifende Selbstverteidigung .....	47
b) Präventive Selbstverteidigung .....	52
2. Cybertechnologien .....	58
III. Neue Wertvorstellungen .....	62
1. Interventionen aus humanitären Gründen .....	64
a) Intervention zur Rettung eigener Staatsangehöriger .....	64
b) Humanitäre Interventionen .....	67
2. Interventionen zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung von Gesellschaftsordnungen .....	76
§4. <i>Die Rechtsquellen des ius contra bellum</i> .....	80
I. Zwei maßgebliche Rechtsquellen .....	81
II. Völkergewohnheitsrechtliche Grundlagen des Gewaltverbots .....	85
1. Elemente des Völkergewohnheitsrechts .....	86
a) Allgemeine Staatenpraxis im Gewaltverbot .....	87
aa) Begriff der Praxis .....	88
bb) Allgemeinheit der Praxis .....	92
cc) Gewichtung der Praxis .....	92
b) <i>Opinio iuris</i> .....	95

2. Die Entwicklung völkergewohnheitsrechtlicher Normen .....	97
3. Methodologische Zugriffe auf das Völkergewohnheitsrecht .....	101
a) Das induktive Verständnis .....	101
b) Das deduktive Verständnis .....	102
c) Das prinzipienorientierte deduktive Verständnis.....	104
d) Das Verhältnis der methodologischen Zugänge zueinander.....	105
<b>III. Vertragsrechtliche Grundlagen des Gewaltverbots .....</b>	<b>108</b>
1. Entstehung vertragsrechtlicher Normen.....	109
2. Entwicklung des Rechts durch nachfolgende Praxis (Artikel 31 Abs. 3 lit. b) WVK) .....	112
a) Die Funktionen nachfolgender Praxis .....	112
b) Die Voraussetzungen nachfolgender Praxis .....	113
c) „Sonstige“ nachfolgende Praxis.....	116
3. Grenzen der Reinterpretation.....	118
4. Untergang vertragsrechtlicher Regeln .....	124
<b>IV. Das Gewaltverbot als <i>ius cogens</i> .....</b>	<b>124</b>
1. Das Gewaltverbot als <i>ius cogens</i> .....	125
2. Rechtsfolgen des <i>ius-cogens</i> -Charakters .....	128
3. Kritik der Annahme des <i>ius-cogens</i> -Charakters des Gewaltverbots ..	132
<b>V. Zusammenspiel der Rechtsquellen .....</b>	<b>134</b>
1. Die UN-Charta als Ausgangspunkt für die Genese von Gewohnheitsrecht .....	136
2. Komplementärverhältnis von Gewohnheitsrecht und UN-Charta ..	137
3. Gewohnheitsrecht zur Interpretation der Charta .....	138
4. Widersprüche zwischen UN-Charta und Gewohnheitsrecht .....	140
a) Widersprüche rechtlich unzulässig .....	141
b) Widersprüche ohne rechtsquellenübergreifende Rechtfertigung ..	143
c) Übergreifende Rechtfertigungen zwischen den Rechtsregimes ..	145
5. Konvergenz der Rechtsquellen .....	148
<b>TEIL 2: ILLEGALITÄT .....</b>	<b>151</b>
<b>§5. Zum Begriff völkerrechtlicher Illegalität .....</b>	<b>151</b>
I. Objektivistisches Illegalitätsverständnis .....	152
II. Relatives Illegalitätsverständnis .....	156
III. Legalität und Illegalität als Kontinuum .....	161
IV. Folgerungen zum Begriff der Illegalität .....	167
1. Differenzierung der Arten der Rechtsverwendung.....	168
2. Differenzierung nach verschiedenen Akteuren .....	170
3. Objektivistisches Rechtsverständnis als Ideal .....	170
4. Die Berechtigung des Relativismus .....	173
<b>§6. Compliance und Umstrittenheit von Normen .....</b>	<b>175</b>
I. (Il-)Legales Verhalten begünstigende Faktoren.....	175
1. Instrumentelle Faktoren .....	178
2. Normative Beweggründe .....	180
3. Habitualisierung .....	181

4. Rechtsfortentwicklung .....	182
5. Zusammenhang und Gewichtung der Faktoren .....	183
II. Dynamisches Normverständnis und Umstrittenheit von Normen .....	185
III. Spannungen zwischen völker- und politikwissenschaftlichem Normverständnis .....	189
IV. Folgerungen aus den politikwissenschaftlichen Analysen .....	192
 <b>TEIL 3: TYPOLOGIE DER ILLEGALITÄT .....</b>	<b>195</b>
 <b>§7. Konflikt und Illegalität in der Rechtsanwendung .....</b>	<b>198</b>
I. Streit über die Anwendung bestehenden Rechts .....	198
II. Konkretisierung des Inhalts von Rechtsnormen .....	203
III. Bestätigung von Rechtsnormen .....	205
1. Die Bestätigungshypothese des IGH .....	206
2. Die Rechtsverletzung als Bestätigung des Rechts nach Maßgabe der Rechtsquellen des Völkerrechts .....	207
3. Voraussetzungen der Bestätigung einer Rechtsregel .....	209
a) Anrufung des Rechts .....	209
b) Anrufung einer etablierten Norm .....	210
c) Anrufung einer etablierten Interpretation des Rechts .....	210
d) Grenze der Bestätigung: Zynische Verwendung des Rechts .....	212
e) Grenze der Bestätigung: Propagandistische Manipulation der Fakten .....	215
IV. Illegalität in Konflikten im Rahmen des Rechts .....	217
 <b>§8. Notstand – Rechtsbruch im Einzelfall .....</b>	<b>219</b>
I. Rechtsbruch und Legitimitätsargumente in der Praxis .....	219
II. „Illegal, aber legitim“ .....	223
III. Exkulpation rechtswidrigen Gewalteinsatzes? .....	226
1. Grundsätzliche Möglichkeit der entschuldigenden Wirkung des Notstands .....	228
2. <i>Ius-cogens</i> -Charakter des Gewaltverbots, Artikel 26 ARSIWA .....	231
3. Voraussetzungen des Notstands, Artikel 25 Abs.1 ARSIWA .....	233
4. Ausschluss der Anrufung eines Notstandsrechts, Artikel 25 Abs.2 ARSIWA .....	235
5. Keine Exkulpationsmöglichkeit .....	239
IV. Notstand und Illegalität: Rechtsfolgenlösung .....	240
 <b>§9. Rechtsanwendung und Konflikte in den Grauzonen des Rechts .....</b>	<b>243</b>
I. Die Grauzonen des Rechts .....	244
II. Praxis der Erzeugung und Unterhaltung rechtlicher Grauzonen .....	248
1. Unkonkretisierte Rechtsnormen und neue empirische Phänomene ..	249
2. Formelkompromisse und konstruktive Mehrdeutigkeit .....	250
3. Praxis ohne klare <i>opinio iuris</i> .....	254
4. Interpretationsoffene staatliche Reaktionen .....	254
5. Unterlassen von rechtlicher Regulierung .....	255
6. Die Funktion der Gerichte .....	256

III.	Grauzonen zwischen integrativer Wirkung und Pathologie .....	259
IV.	Illegalität in den Grauzonen des Rechts .....	262
§ 10.	<i>Legislative Illegalität – Rechtsbruch zur Fortentwicklung des Rechts</i> .....	264
I.	Staatspraxis des Rechtsbruchs zur Rechtsfortentwicklung .....	264
II.	Völkerrechtsdogmatische Einordnung .....	269
III.	Potenziale und Gefahren legislativer Illegalität .....	275
1.	Potenziale und Funktionen .....	276
2.	Gefahren legislativer Illegalität .....	278
IV.	Das Paradox legislativer Illegalität .....	280
§ 11.	<i>Illegalität und Systemopposition</i> .....	283
I.	Sozialistisches Völkerrecht .....	283
1.	Die These von der Unvermeidbarkeit des Krieges .....	284
2.	Das Völkerrecht der Übergangszeit .....	285
3.	Völkerrecht und dauerhafte friedliche Koexistenz .....	288
4.	Proletarischer/Sozialistischer Internationalismus .....	291
5.	Der systemoppositionelle Gehalt des Sozialistischen Völkerrechts ..	295
II.	US-amerikanischer Exzessionalismus .....	296
1.	Außenpolitische Doktrinen der Vereinigten Staaten .....	297
2.	Systemopposition .....	302
3.	Kern der US-amerikanischen Strategie der Systemopposition .....	305
III.	Gegenwärtige Entwicklungen .....	307
1.	Der Islamische Staat als revolutionärer „Staat“ .....	307
2.	Die <i>unwilling-or-unable</i> -Doktrin als Systemopposition .....	310
3.	Entwicklung einer spezifisch chinesischen Position zum Völkerrecht? .....	311
IV.	Illegalität, Systemopposition und die Integrationsfähigkeit des Rechts .....	313
§ 12.	<i>Interventionen ohne Anrufung des Rechts</i> .....	318
I.	Verdeckte militärische Interventionen .....	318
1.	Verdeckte Interventionen in der Praxis .....	319
2.	Die politische Dimension verdeckter militärischer Interventionen ..	320
3.	Rechtliche Standards und Auswirkungen auf das Recht .....	323
4.	Verdeckte Praxis und Normenerosion .....	327
II.	Offener Verzicht auf eine Anrufung des Rechts .....	327
1.	Staatspraxis der offenen Nichtanrufung des Rechts .....	328
2.	Einfluss auf völkerrechtliche Normen .....	331
3.	Schwächung des Rechts als normatives System .....	333
III.	Zynische Anrufung des Rechts .....	334
IV.	Gefahr der allgemeinen Entrechtlichung .....	334
TEIL 4:	<b>FOLGERUNGEN</b> .....	337
§ 13.	<i>Völkerrechtsordnung und Völkerrechtsbruch – Folgerungen</i> .....	337
I.	Die Ebenen des Konflikts um das Gewaltverbot .....	339
1.	Konfliktebene 1: Anwendung des Rechts .....	341

2.	Konfliktebene 2: Streit um den abstrakt-generellen Rechtsinhalt . . . . .	341
3.	Konfliktebene 3: Streit um die Geltung des Gewaltverbots . . . . .	342
4.	Ambivalenzen der Wahl der Konfliktebenen . . . . .	343
II.	Objektivismus vs. Relativismus: Das überbewertete Problem der Unbestimmtheit des Rechts . . . . .	347
1.	Ursachen rechtlicher Unbestimmtheit . . . . .	348
2.	Folgen für die Rechtsanwendung: Bedeutungskern und Bedeutungshof . . . . .	351
3.	Folgen für das Gewaltverbot . . . . .	354
III.	Recht vs. Legitimität . . . . .	359
1.	Die Gefahr von Legitimitätskriterien . . . . .	360
2.	Der richtige Ort für Legitimitätserwägungen: Rechtsfolgenseite . . . . .	362
3.	Elemente eines Begriffs der Legitimität . . . . .	364
a)	Handlung zum Schutz eines völkerrechtlich geschützten Rechtsguts . . . . .	364
b)	Schwere der Verletzung . . . . .	365
c)	Handlungsunfähigkeit der Institutionen kollektiver Sicherheit . . . . .	366
d)	Legitimierende Rolle der UN-Generalversammlung . . . . .	366
e)	Sonstige Positionierungen des UN-Sicherheitsrats . . . . .	368
f)	Fallbezogene Folgenabwägung . . . . .	368
g)	Regelbezogene Folgenabwägung . . . . .	369
h)	Formulierung klarer Standards . . . . .	370
IV.	<i>Ius contra bellum quo vadis?</i> . . . . .	370
1.	Abschaffung des Gewaltverbots/Entrechtlichung . . . . .	371
2.	Gewaltverbot auf der Grundlage von <i>double standards</i> . . . . .	372
3.	Verwässerung des Gewaltverbots: Transformation zu <i>aspirational norms</i> . . . . .	372
4.	Aufrechterhaltung und Stärkung eines allgemeinen Gewaltverbots . . . . .	373
<b>TEIL 5: DAS GEWALTVERBOT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND . . . . .</b>		377
<b>§ 14. Das völkerrechtliche Gewaltverbot im Grundgesetz . . . . .</b>		379
I.	Artikel 26 Abs. 1 GG: Das Verbot des Angriffskriegs und unterstützender Handlungen . . . . .	381
1.	Störungseignung . . . . .	381
2.	Störungsabsicht . . . . .	384
3.	Rechtsfolgen . . . . .	385
II.	Artikel 25 GG: Die Geltung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts . . . . .	385
1.	Vollzug allgemeiner völkerrechtlicher Regeln im nationalen Recht . . . . .	385
2.	Allgemeine Rechtsfolgen des Artikel 25 GG . . . . .	389
3.	Die innerstaatliche Geltung des Gewaltverbots über Artikel 25 GG . . . . .	393
III.	Insbesondere Artikel 59 Abs. 2 GG: Die innerstaatliche Geltung von Völkervertragsrecht . . . . .	396
IV.	Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit . . . . .	398
V.	Frieden als Staatszielbestimmung . . . . .	401

<b>§ 15. Regeln für Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .</b>	405
I. Erforderlichkeit einer Einsatzermächtigung . . . . .	406
II. Einsätze im Rahmen gegenseitiger kollektiver Sicherheitssysteme, Artikel 24 Abs. 2 GG . . . . .	409
1. Anforderungen an ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit . . . . .	410
2. Einsatz im Rahmen und nach den Regeln des Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit . . . . .	413
III. Einsätze zur Verteidigung, Artikel 87a Abs. 2 GG . . . . .	416
1. Objekte der Verteidigung . . . . .	417
a) Territorial- und Bündnisverteidigung sowie Drittstaatennothilfe .	417
b) Personalverteidigung . . . . .	419
2. Begriff des Angriffs . . . . .	420
a) Angriffe durch nichtstaatliche Akteure . . . . .	420
b) Angriff von außen . . . . .	422
c) Zeitlicher Rahmen der Einsatzermächtigung . . . . .	423
IV. Weitere Einsatzgrundlagen . . . . .	424
V. Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt . . . . .	425
<b>§ 16. Bundesdeutsche Praxis im Lichte des völkerrechtlichen Gewaltverbots . . . . .</b>	428
I. Rettung von Staatsangehörigen . . . . .	429
1. Operation <i>Libelle</i> (1997) . . . . .	429
2. Operation <i>Pegasus</i> (2011) . . . . .	431
3. Verfassungsrechtliche Konfliktlage . . . . .	433
II. Sicherung von Menschenrechten (Kosovo 1999) . . . . .	434
1. Völkerrechtswidrigkeit des Einsatzes . . . . .	435
2. Verstoß gegen Artikel 25 Satz 1, 26 Abs. 1 GG . . . . .	436
3. Handeln ohne verfassungsrechtliche Einsatzgrundlage (Artikel 24 Abs. 2 GG) . . . . .	438
III. Militäroperation gegen den internationalen Terrorismus . . . . .	439
1. <i>Enduring Freedom</i> , Afghanistan (2001) . . . . .	439
2. <i>Counter Daesh</i> , Syrien (seit 2015) . . . . .	442
a) Völkerrechtliche Beurteilung . . . . .	443
b) Verfassungsrechtliche Beurteilung . . . . .	446
c) Zusammenfassung . . . . .	446
IV. Unterstützung des Angriffskrieges von Drittstaaten . . . . .	447
1. Gewährung von Überflugrechten zu Gunsten der USA . . . . .	447
2. Unterstützung eines in eine illegale Militärintervention verstrickten Drittstaates . . . . .	452
V. Verbale Deklarationen, insbesondere Billigung völkerrechtswidriger Einsätze . . . . .	455
<b>§ 17. Typen der Illegalität – Folgerungen im Hinblick auf die bundesdeutsche Praxis . . . . .</b>	457
I. Das grundsätzliche Verbot von Verstößen gegen das Gewaltverbot . . . . .	457
II. Rechtsbruch zur Rechtsfortbildung unzulässig . . . . .	459
III. Rechtsbruch in Notstandssituationen . . . . .	462
IV. Umgang mit rechtlicher Unsicherheit (Anwendungsstreitigkeiten und Grauzonen des Rechts) . . . . .	463

V.	Pflichten betreffend die Anrufung des Rechts .....	468
1.	Darlegung der völkerrechtlichen Grundlage für Bundeswehreinsätze .....	468
2.	Verbot der verbalen Unterstützung rechtswidriger Interventionen anderer Staaten .....	469
3.	Pflicht zur Geltendmachung der Verletzung des Völkerrechts durch andere Staaten .....	469
§ 18. Rechtsschutz gegen Völkerrechtsverstöße .....	471	
I.	Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht .....	471
1.	Organstreitverfahren (Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG) .....	471
a)	Keine Geltendmachung von Verstößen gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot .....	472
b)	Begrenzter Rechtsschutz gegen die Fortentwicklung von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit, Artikel 59 Abs. 2 GG .....	473
c)	Kontrolle des friedenswahrenden Charakters eines Bündnisses, Artikel 59 Abs. 2 i. V. m. 24 Abs. 2 GG .....	477
d)	Kein Rechtsschutz gegen ein Handeln außerhalb eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit .....	479
e)	Grenzen der Kontrolle .....	480
2.	Abstrakte Normenkontrolle (Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2 GG) .....	482
3.	Verfassungsbeschwerde (Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4a GG) .....	485
II.	Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz durch Individuen .....	488
1.	Rechtsschutz betreffend Verletzungen subjektiver Rechte involvierter Soldaten .....	488
a)	Wehrrechtliche Grundlagen .....	488
b)	Rechtsschutzmöglichkeiten der Soldaten .....	489
c)	Materieller Prüfungsrahmen .....	490
2.	Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz wegen Verletzungen des völkerrechtlichen Gewaltverbots .....	491
a)	Überblick über die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung .....	492
aa)	Klagen eines Anwohners der US-Luftwaffenbasis Ramstein ..	492
bb)	Klage betreffend Atomwaffenstationierung auf dem Fliegerhorst Büchel .....	493
cc)	US-Drohneinsätze vor dem Verwaltungsgericht .....	495
dd)	Keine Relevanz des Gewaltverbots in Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren .....	498
b)	Bisherige Ansatzpunkte des Rechtsschutzes .....	501
aa)	Subjektivierung des Gewaltverbots über Artikel 25 Satz 2 Halbs. 2 GG .....	501
bb)	Staatliche Schutzpflichten, Artikel 2 Abs. 2 GG .....	502
cc)	Abwehrrechtliche Dimension .....	503
III.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit .....	504
1.	Strafrechtliche Verantwortlichkeit für Aggression .....	504
2.	Strafverfahren gegen Kriegsgegner .....	506
IV.	Die Defizite des Rechtsschutzes und mögliche Abhilfe .....	507
1.	Defizitäre Rechtsschutzmöglichkeit <i>de lege lata</i> .....	507

2. Gewaltenteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt .....	509
3. Verfassungsrechtliches Gebot zur Einführung effektiver Rechtsschutzmechanismen .....	515
SCHLUSSBEMERKUNGEN .....	519
LITERATURVERZEICHNIS .....	523
SACHREGISTER .....	571